

**C 003****DGB-Bundesjugendausschuss**

Beschluss des DGB-Bundeskongresses  
Angenommen in geänderter Fassung

**GUTE AUSBILDUNG**

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

**Gute Ausbildung ist ein Grundrecht**

Nationale und internationale Vergleichsstudien stellen dem deutschen Bildungswesen ein miserables Zeugnis aus: Die Zahl der Jugendlichen ohne Schul- und Berufsabschluss ist erschreckend hoch. 1,5 Millionen Jugendliche im Alter zwischen 20 und 29 Jahren haben keine abgeschlossene Berufsausbildung. Hauptschüler haben nach wie vor kaum Chancen, direkt einen Platz in Ausbildung und Beruf zu ergattern.

In den vergangenen Jahren haben laut Bundesagentur für Arbeit nicht einmal 50 Prozent der Bewerber/-innen im jeweiligen Vermittlungsjahr eine betriebliche Ausbildung beginnen können. Die andere Hälfte landet in Warteschleifen und muss sich mit oftmals schlechten Alternativen zufrieden geben. Nur 24 Prozent der Unternehmen in Deutschland bilden aus. Auch der Hinweis auf den demografisch begründeten Rückgang der Bewerber/-innen löst das Problem der fehlenden Ausbildungsplätze nicht.

Jugendliche mit migrantischem Hintergrund sind die Verlierer unseres Bildungswesens. Sie verlassen die Schule doppelt so häufig wie ihre Mitschüler/-innen ohne Abschluss. Der soziale Status, sogar der Wohnort oder der Stadtteil entscheiden maßgeblich über die Perspektiven von Jugendlichen mit. Fast eine halbe Million Jugendliche „verschwindet“ im Dschungel des Übergangssystems zwischen Schule und Beruf – die meisten von ihnen ohne Chance auf eine qualifizierende Ausbildung.

Gleichzeitig gelingt es nicht, signifikant mehr Jugendlichen einen Zugang zum Studium zu ermöglichen. Die Zugangsmöglichkeiten sind stark von sozialen Faktoren abhängig. Studiengebühren tragen dazu massiv bei. Von 100 Akademikerkindern erreichen 83 den Hochschulzugang, dagegen nur 23 von 100 Kindern aus Familien ohne akademische Tradition. Weiterhin fehlen entsprechende Kapazitäten an den Hochschulen und eine zielgerichtete Studienberatung.

**Berufsorientierung effektiv gestalten**

Der DGB fordert, frühzeitige Angebote zur Orientierung auf die Lebens- und Arbeitswelt für Jugendliche deutlich verbindlicher zu gestalten und flächendeckend auszubauen. Berufsorientierung muss von Beginn an fester Bestandteil aller weiterführenden Schulen sein.

Um diesen Prozess von Schulseite fundiert begleiten zu können, muss das Thema ‚Berufsorientierung‘ als fester Bestandteil in der Lehrer/-innenausbildung implementiert werden. Außerdem werden entsprechende Angebote durch die Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung gestellt und finanziert. Sie beinhaltet neben der Beratung zu Ausbildungsmöglichkeiten, Studium, alternativen Bildungswegen und möglichen Entwicklungspotentialen auch Fragen der Arbeitsbedingungen und Anforderungen einzelner Berufsrichtungen sowie Weiterbildungsmöglichkeiten im Sinne eines lebensbegleitenden Lernens.

### **Unterstützung für Jugendliche mit schlechteren Startchancen**

Ziel ist es, allen Bewerberinnen und Bewerbern im dualen System eine mindestens dreijährige betriebliche Ausbildung und damit einen gleichwertigen und qualifizierten Ausbildungsabschluss zu ermöglichen.

Der DGB setzt sich für ein neues, transparentes, effektives und anschlussfähiges Modell der Berufsvorbereitung ein. Dieses neue Modell sieht zunächst eine ausbildungsorientierte Analyse von Potentialen und Defiziten der Jugendlichen als Voraussetzung für eine weitere individuelle Förderung vor, die auf betrieblicher Ebene zu erfolgen hat.

Innerhalb des DGB wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die ein zukunftsfähiges Modell ausgestaltet und entwickelt.

Ausbildungsbegleitende Hilfen müssen Standardangebote der Berufsausbildung sein, um Jugendlichen mit schlechten Startchancen den Einstieg in Ausbildung und Berufsabschluss zu ermöglichen.

### **Ausbildung für alle**

Der DGB fordert ein individuell einklagbares Grundrecht auf Ausbildung. Allen Bewerberinnen und Bewerbern auf eine Ausbildungsstelle in Deutschland muss es ermöglicht werden, eine betriebliche Ausbildung zu beginnen.

Hierbei müssen alle Unternehmen ihren Beitrag leisten. Unser Ziel bleibt eine gesetzliche Ausbildungsplatzumlage, die konjunkturunabhängig ausreichend Ausbildungsplätze in den Betrieben sicherstellt. Unternehmen, die ausbilden, werden unterstützt. Bis zur Erreichung dieses Ziels unterstützt der DGB Initiativen, die zu einer quantitativen und qualitativen Steigerung des Ausbildungsplatzangebots führen.

Der DGB fordert eine verbindliche Meldepflicht von zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätzen in den Unternehmen. Ziel muss es sein, eine belastbare und objektive Statistik zu erhalten. Nur so entsteht ein reelles Bild der Ausbildungsplatzsituation, auf das notwendige Maßnahmen abgestimmt werden können.

Ferner wird der DGB damit beauftragt, darauf hinzuwirken, dass bei Auftragsvergaben nach öffentlichen Ausschreibungen eine (Mindest-)Ausbildungsquote erfüllt sein muss.

### **Gute Ausbildung ist umfassend**

Der DGB setzt sich dafür ein, das duale Ausbildungssystem zu sichern und kontinuierlich zu entwickeln. Der Qualität der beruflichen Erstausbildung kommt in einer Zeit des immer schneller werdenden Wandels in allen Branchen eine bedeutende Rolle zu. Sie ermöglicht Zukunftschancen und Teilhabe junger Menschen und sichert qualifizierte Fachkräfte für die Unternehmen.

Qualifizierte Ausbildung zeichnet sich vor allem durch gut qualifiziertes Ausbildungspersonal, breit und umfassend angelegte Ausbildungsinhalte und die Einhaltung der Ausbildungsrahmenpläne aus. Bei der Neuordnung oder der Entwicklung von neuen Ausbildungsberufen müssen die Kernelemente der Beruflichkeit berücksichtigt werden.

Der DGB fordert Ausbildung mit einer regulären Ausbildungsdauer von mindestens drei Jahren und lehnt teilqualifizierende Modulausbildungen ab. Außerdem ist es notwendig, dass die AEVO verbindlich eingehalten wird und zwischenzeitlich geschaffene Ausnahmetatbestände zurückgenommen werden.

Die Berufsschulen sind duale Partner im Ausbildungssystem. Sie müssen auch zukünftig den Anforderungen von sich weiter entwickelnden Berufen entsprechen. Hierzu fordert der DGB materiell und personell besser ausgestattete Be-

rufsschulen mit guten Arbeitsbedingungen und kontinuierlichen Qualifizierungsmöglichkeiten für Lehrer/-innen. Einblicke in den betrieblichen Ausbildungsablauf sind notwendig und müssen organisiert werden.

Der DGB fordert, dass die Rahmenlehrpläne der Länder der anerkannten Ausbildungsberufe inhaltlich auf die Anforderungen der bundeseinheitlichen Zwischen- und Abschlussprüfungen bzw. Teil 1 und 2 der Abschlussprüfungen angepasst werden. Des Weiteren muss das Anforderungsprofil der Abschlussprüfungen in Gänze mit den zu vermittelnden Inhalten der Ausbildungsrahmenlehrpläne übereinstimmen.

Die zuständigen Gremien des DGB werden zudem aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass es gewährleistet sein muss, dass alle Theorieinhalte, die in Teil 1 und Teil 2 der Abschlussprüfung geprüft werden, auch bis zum Prüfungszeitpunkt in der Berufsschule vermittelt worden sind. Gleiches muss auch für das normale Prüfungsverfahren sichergestellt sein.

Immer wieder kommt es zu Verstößen geltender Gesetze in der Ausbildung. In einigen Branchen kann von Qualität der Ausbildung keine Rede sein.

Der DGB fordert daher unabhängige Stellen, die die Unternehmen regelmäßig kontrollieren und bei Bedarf sanktionieren. Die zuständigen Stellen (Kammern) sind aufgrund ihres Interessenkonfliktes derzeit nicht dazu in der Lage.

Zur Sicherung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes fordert der DGB die Verbesserung des Jugendarbeitsschutzgesetzes und die Ausweitung des Geltungsbereiches auf alle Auszubildenden im Sinne eines Ausbildungsschutzgesetzes.

Der DGB soll sich darüber hinaus dafür einsetzen, dass zukünftig für alle Auszubildenden an jedem Berufsschultag mit mindestens fünf Berufsschulstunden keine Rückkehrpflicht in den Ausbildungsbetrieb besteht. Entsprechende Regelungen für Blockunterricht sind zu finden. Auch soll sich der DGB dafür einsetzen, dass Auszubildenden vor ihrer Abschlussprüfung insgesamt fünf Tage Sonderurlaub gewährt wird. Hierzu sind Änderungen des Berufsbildungsgesetzes anzustreben.

### **Duale Studiengänge**

Duale Studiengänge sind eine sinnvolle Ergänzung zum dualen Berufsbildungssystem einerseits und für angewandte Wissenschaft an Hochschulen und Universitäten andererseits. Es gilt, dieses System weiterzuentwickeln, bundesweit einheitliche Standards einzuführen und duale Studiengänge als betriebliche Ausbildungsverhältnisse zu deklarieren. Die Ausweitung der Studiengänge darf allerdings nicht zu Lasten der „normalen“ betrieblichen Berufsausbildung gehen. Das System muss soweit ausgebaut werden, dass Studiengänge für Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung ohne weitere Zwischenschritte geöffnet werden. Dies würde zusätzliche Qualifizierung an Berufsakademien und Hochschulen voraussetzen, die es zulassen, nach erfolgter praktischer IHK- Prüfung nur noch die theoretischen Bestandteile zu absolvieren.

In diesem Zusammenhang wird der DGB aufgefordert, verstärkt auf politische Entscheidungen einzuwirken, die Arbeitsbedingungen von dual Studierenden definieren. Hierbei ist insbesondere die Zuordnung der dual Studierenden zum Anwendungsbereich des Berufsbildungsgesetzes voranzutreiben.

### **Praktikum als Lernverhältnis**

Praktika erleichtern die Berufswahl und vermitteln Kompetenzen, die man sich in Schule und Studium nicht aneignen kann, sie sind Teil einer vielseitigen Ausbildung und müssen klar als Lernverhältnis definiert werden. Praktika nach

einer abgeschlossenen Ausbildung lehnt der DGB grundsätzlich ab. Ausnahmen sind ordentlich vergütete Praktika, die integraler Bestandteil einer Ausbildung sind.

Es müssen gesetzliche Regeln geschaffen werden, die den Ausbildungscharakter des Praktikums betonen und definieren.

Der DGB fordert die zeitliche Begrenzung auf drei Monate. Ausnahmen sind im Rahmen schulischer oder wissenschaftlicher Ausbildungen sowie bei staatlichen Programmen möglich.

Weiterhin ist eine angemessene tarifübliche Vergütung zu zahlen, ein Praktikumsvertrag zu schließen, der Ausbildungsinhalte und -ziele festlegt und Betreuungspersonen benennt.

Studienordnungen müssen es den Studierenden ermöglichen, studienbegleitend praktische Berufserfahrungen sammeln zu können. Vorpraktika sind in die Regelstudienzeit einzuberechnen, so dass eine BAföG-Förderung möglich ist.

### **Durchlässigkeit stärken**

Der DGB setzt sich im Rahmen der Umsetzung eines vergleichenden europäischen Qualifikationsrahmens für die Weiterhaltung des deutschen Ausbildungssystems in Europa ein. Eine Unterbewertung ist zu verhindern.

Mit dem Ziel, einen durchlässigen europäischen Bildungsraum zu realisieren, ist es für den DGB unbedingt erforderlich, nicht den Lernort (Hochschule oder Betrieb), sondern die Kompetenz des Einzelnen zum Maßstab der Einstufung in den Europäischen Qualifikationsrahmen zu machen.

Eine abgeschlossene 3jährige Ausbildung in allen Berufsfeldern muss den Zugang zu jedem Hochschulstudium ermöglichen. Die Kompetenzen, die in der Ausbildung erlernt werden, müssen dabei angerechnet werden können. Hierfür müssen die maßgebenden Stellen und Universitäten gewonnen werden, ihre Curricula auf die Kompetenzen und Erfordernisse dieser Absolventen auszurichten und ggf. Anpassungen anbieten. Hierzu bedarf es u. a. besonderer Unterstützung der Hochschulen sowie die Möglichkeit von Teilzeitstudiengängen für Berufstätige. Um Jugendliche mit Ausbildungsabschluss auf die Anforderungen eines Studiums vorzubereiten, sind vorgelagerte und begleitende Einstiegshilfen für die Hochschule anzubieten.

Konkret zielen diese Forderungen auf folgende Maßnahmen ab:

### **Förderung des Studienzugangs**

Hochschulen müssen einen Teil ihrer Studienkapazitäten für Bewerber/-innen ohne Abitur mit Berufserfahrung reservieren. Wichtig dabei ist, dass die Prüfung die Studienfähigkeit der Bewerber/-innen prüft. Die abgeschlossene Berufsausbildung muss der allgemeinen Hochschulreife im Punkt der Hochschulzugangsberechtigung gleichgestellt werden.

Erhalt des Studienzugangs im Fachbereich Sozialökonomie an der Universität Hamburg (ehemalige HWP)

Weiterhin werden die zuständigen Gremien des DGB aufgefordert, die Situation der ehemaligen HWP (Fachbereich Sozialökonomie) zu beobachten und sich hier stärker für den Erhalt dieser Bildungseinrichtung bzw. dieses Studien-

ganges einzusetzen.

### **Hochschule**

Der DGB fordert eine Harmonisierung der Hochschulausbildung und eine Durchlässigkeit sowie die Vergleichbarkeit der Studiengänge und Abschlüsse zwischen allen Hochschulstandorten. Ein problemloser Wechsel ohne Studienzeitverlust muss möglich sein.

Der DGB fordert eine Anpassung des Hochschulstudiums an die sozialen, wirtschaftlichen sowie individuellen Lebensrealitäten von Studierenden bzw. Studierwilligen. Sie fordert daher eine bundesweite gesetzliche Regelung zur Ermöglichung des Teilzeitstudiums in allen Studiengängen.

Der DGB unterstützt den Aufbau eines Europäischen Hochschulraums mit dem Ziel, die Mobilität zu verbessern. Jedoch haben die Reformen im Zuge des Bologna-Prozesses leider wenig zur Qualitätsverbesserung von Studium und Lehre beigetragen. Stattdessen erschweren die neuen Studienstrukturen den Studienortwechsel und führen zu einem Anstieg der Abbrecher/-innenquote; Auslandsaufenthalte und Praktika werden erschwert. Außerdem erhöhen die Reformen die Belastung für das Personal und die Studierenden.

Um ein Scheitern der Reform zu vermeiden, fordert der DGB einen Kurswechsel bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses. Es muss der Grundsatz gelten: Qualität geht vor Tempo. Wir brauchen die sorgfältige Umsetzung einer Reform, die die Qualität des Studiums und der Lehre nachhaltig verbessert.

### **Kostenfreie Bildung**

Für den DGB ist Bildung keine Ware, sondern ein Menschenrecht. Bildung dient nicht nur dazu, für die Wirtschaft verwertbare Kompetenzen zu erlangen, sondern auch um kritisches Denken zu entwickeln. Bildung soll der Entwicklung dienen, um persönliche Lebenskonzepte zu verwirklichen. Von den Lernenden zu begleichende Kosten und Gebühren für Bildung verhindern gleiche Chancen auf Bildung für alle. Bildung muss über die gesamte Bildungsbiografie für alle kostenlos sein. Deshalb fordert der DGB die Abschaffung von Bildungsgebühren und –kosten in jeglicher Form, ebenso Rückmelde- und Verwaltungsgebühren aller Art, die lediglich als versteckte Studiengebühren fungieren. Außerdem fordert der DGB eine elternunabhängige bedarfsdeckende Förderung für Ausbildung und Studium im In- und Ausland, die ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht.

In diesem Kontext möge der DGB sich bei der Bundesregierung bzw. den Landesregierungen dafür einsetzen, dass es an Schulen eine kostenlose Schulspeisung gibt. Hierbei soll auch auf den Gesundheitscharakter geachtet werden. Die zuständigen Gremien des DGB mögen sich zudem dafür einsetzen, dass an Schulen gesunde und ausgewogene Ernährung in Theorie und Praxis im Unterricht vermittelt wird. Wünschenswert ist die Einbindung der Eltern in diesen ernährungsspezifischen Unterricht.

### **Lebensbegleitendes Lernen**

Das lebensbegleitende Lernen wird immer wichtiger. Der DGB soll sich daher dafür einsetzen, dass der Zugang erheblich erleichtert wird. Dazu gehören:

- Gesetze über Bildungsurlaub in allen Bundesländern
- Erweiterung des staatlichen Angebotes zur Weiterbildung

- Anerkennung von Abschlüssen über Ländergrenzen hinaus
- Unterstützung und Förderung aller Weiterbildungsmaßnahmen bei Bedürftigkeit
- Ausbau der tariflichen Möglichkeiten zur Weiterbildung